

Herr Dr. Frank von der SPD-Fraktion bedankte sich bei der Verwaltung für die Entwicklung und die Idee ein IHK zu erstellen. Er habe eine Verständnisfrage zu dem Zahlenwerk auf der Seite 136 der Einladung. Er sagte, dass sie voll hinter der Idee ständen, ein IHK zu erstellen. Es würde sich aber für sie die Frage stellen, ob sie dem Vorschlag der Verwaltung in dieser Zusammenfassung auf Seite 136 zustimmen könnten. Sie würden meinen, angesichts der allgemeinen Finanzlage der Stadt würde die Stadt in Zukunft noch weiter sparen müssen und sie könnten sich daher nur das leisten, was wirklich notwendig und unumgänglich sei. Dies sei aus ihrer Sicht das, was zur Bestandserhaltung des städtischen Vermögens getan werden müsse. Das würde für sie bedeuten, dass sie konkret zu den Maßnahmen des IHK uneingeschränkt ja sagen würden, die mit der Sanierung oder auch energetischer Aufrüstung von Gebäuden verbunden wären. Der Knackpunkt im Entwurf des IHK wäre für sie das zweite Großspielfeld. In der gegenwärtigen Finanzsituation könnten sie sich das nicht leisten. Es wäre sicherlich nice to have, aber es wäre nicht dringend erforderlich. In der vorliegenden Zusammenstellung würde von Kosten i.H.v. rd. 900.000 € ausgegangen, aber man habe ja noch keine Planung. Am Ende kämen sicherlich deutlich mehr als eine Million Euro raus. Unterstellt es wäre förderfähig, würden bei Kosten von einer Million Euro immer noch mindestens 300.000 € an der Stadt hängen bleiben, die sie in jedem Fall zahlen müssten. Die SPD-Fraktion meine, dass sie sich das nicht leisten könnten. Sie würden daher vorschlagen, dass Großspielfeld aus dem IHK herauszunehmen.

Die SPD-Fraktion hatte einen neuen Beschlussvorschlag im ZentrumsA verteilt, den Herr Dr. Frank dann auch vorlas:

Der Zentrumsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und begrüßt die Maßnahmenvorschläge des IHK im Grundsatz. Angesichts verbleibender städtischer Eigenanteile, sowie der nicht förderfähigen Betriebskosten sind nur Maßnahmen weiter zu entwickeln, die dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen. Entsprechend sind im Detail die Fachausschüsse und der Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der weiteren wesentlichen Planungsschritte zu beteiligen. Das Großspielfeld im Zentrum, welches keine Maßnahme des Bestandserhalts darstellt, wird aus dem Maßnahmenkatalog herausgenommen.

Der Ausschuss beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage dieses Auftragsrahmens, Angebote für die Entwurfsplanung einzuholen und einen Auftrag zu erteilen.

Frau Jung von der FDP-Fraktion sagte, dass in ihrer Fraktion das Großspielfeld nicht nur aus finanziellen Aspekten, sondern auch aus sportpolitischen Aspekten und der textlichen Begründung ein Diskussionspunkt gewesen wäre. Die geplanten Hybridrasenplätze in Buisdorf und Birlinghoven wären im Haushalt etatisiert und würden umgesetzt werden. Zusätzliche Bedarfe könnten dann auch durch diese neu hergestellten Plätze befriedigt werden. Außerdem hätte die FDP-Fraktion vor der Kommunalwahl einen Antrag gestellt, dass das Sportentwicklungskonzept fortgeschrieben werden müsse. Schon alleine die fachliche Sicht würde es daher verbieten, dieses Großspielfeld einfach mit ins IHK hereinzunehmen. Ganz davon abgesehen, dass wie Herr Dr. Frank es eben ausgeführt hätte, die tatsächliche Realisierung aus finanziellen Gründen als relativ unwahrscheinlich erscheine. Daher würden sie sich dem Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion anschließen.

Frau Schmidt von der Fraktion Aufbruch! sagte, dass sie in ihrer Fraktion auch die einzelnen Vorschläge im Entwurf des IHK durchgegangen wären. Sie fänden die einheitliche Beleuchtung im Zentrum eine sehr gute Idee, aber der einheitliche Bodenbelag im Zentrum sei nach Meinung Ihrer Fraktion unrealistisch, weil er viel zu teuer wäre. Der Bürger hätte sicherlich überhaupt kein Verständnis dafür, wenn beispielsweise einerseits die Grundsteuer B erhöht würde und andererseits intakte Bodenbeläge aufgerissen würden, um sie dann wieder neu zu verlegen. Man müsse die Bürger mithinzunehmen. Sie möchte daher ein Lob dafür aussprechen, dass die Bürger beteiligt würden ohne dass schon fertige Pläne vorliegen und dass nach der ersten Bürgerwerkstatt auch eine zweite erfolge. Das fände sie ganz großartig. Die geplante Fontäne wäre zwar niedlich, aber aus ihrer Sicht überflüssig. Die wassergebundene Fläche um das Postgebäude wäre vermutlich schwer umsetzbar, da es sich dabei um eine private Fläche handeln würde. Die Ost-West-Achse und die Campus Magistrale wären wichtige Akzente und die Planung zur Südstraße mit dem „Shared Space“ – Bereich und der geplanten Reduzierung des Straßenquerschnittes zugunsten des Fuß und Radverkehrs würden sie auch großartig finden. Bezüglich der Wegeflächen und Akzentbäume würde die Fraktion Aufbruch! keine Kunstskulptur wünschen, denn wenn das Postgebäude eventuell aufgestockt würde, dann wäre das ein hinreichender Akzent für die Rathausallee. Ihr Petito wäre es, dass man manche Positionen herausnehmen könnte, wie die von Herrn Dr. Frank, und dass man sich dann nur auf das Wesentliche konzentrieren würde.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion bedankte sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung der Sitzungsvorlage. Bei der ersten Vorstellung des IHK im kleinen Ratssaal hätten sich die Kommunalpolitiker zurecht weitestgehend zurückgehalten, aber es hätten sich sehr viele Bürger beteiligt. Und genau das, so würde die CDU-Fraktion diese Sitzungsvorlage sehen, wäre in diese Sitzungsvorlage eingeflossen. Sie wären noch in einem ganz frühen Stadium und sie müssten daher jetzt prüfen, was ist überhaupt förderfähig. Die CDU-Fraktion hätte das auch so detailliert beraten, wie Frau Schmidt das von der Fraktion Aufbruch! dargestellt hätte und sie könnte diese Ausführungen noch ergänzen. Aber die CDU-Fraktion verstehe den Ansatz anders. Sie verstehe das so, dass hier versucht würde über das IHK das Bestmögliche an Fördermitteln für die Stadt zu akquirieren. Das könnte man nur zu 100 Prozent unterstützen und vor diesem Hintergrund wäre sie auch sehr froh, dass die Verwaltung dieses Großspielfeld in diesen Entwurf zum IHK mitaufgenommen hätte. Sie könnte sich noch sehr gut daran erinnern, als der Sportplatz im Zentrum verlegt worden wäre und der jetzige Sportplatz und das Sportlerwohnheim umgesetzt worden wären. Zu diesem Zeitpunkt hätte es eine Sportkommission gegeben, der eine Studie der Sporthochschule vorangegangen wäre. Die Sportkommission habe dann mit dem ZentrumsA gemeinsam beraten und dieses Projekt komplett beschlossen, inklusive dem Großspielfeld an dieser Stelle. Aufgrund sehr knapper finanzieller Mittel hätte aber leider gekürzt werden müssen und man hätte damals das Großspielfeld wegen fehlender finanzieller Mittel nicht umsetzen können. Man habe aber dann perspektivisch gesagt, dass man dieses Großspielfeld im Zentrum für die nächsten 5 bis 10 Jahre im Auge behalten wolle. Aus Sicht der CDU-Fraktion habe sich jetzt nochmal die einmalige Möglichkeit ergeben, unabhängig von IHK oder sonstigen Fördertöpfen, dieses Großspielfeld zu thematisieren. Sie wäre im KulturA als Gast gewesen und fände auch den Vorschlag

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Stiefel haben sehr gut, nämlich eine für den Haushalt kostenneutrale Umsetzung. Selbstverständlich hätte Herr Dr. Frank Recht, dass auch die 30 Prozent Eigenmittel für die Stadt nicht zu finanzieren wären. Aber wenn die Stadt die 70 Prozent Förderung bekäme, dann hätte sie immer noch die Möglichkeit, in weitere Fördermittelakquise zu gehen. Aber wenn sie noch nicht mal den Versuch unternähme, die Förderfähigkeit zu prüfen, dann könne man dieses Großspielfeld nie mehr umsetzen. Frau Feld-Wielpütz bat die Ausschussmitglieder darüber nochmal nachzudenken und möchte von der Verwaltung eine Einschätzung zur Förderfähigkeit haben. Die Planungen für dieses Großspielfeld würden bereits vorliegen. Es ginge darum Möglichkeiten zu prüfen und keine Türen zuzuschlagen. Es ginge darum zu prüfen, wie man dieses Großspielfeld kostenneutral für die Stadt realisieren könnte.

Den geänderten Beschlussvorschlag hätten sie jetzt gerade hier bekommen. Sie müsse sich mit den Kollegen dazu nochmal abstimmen. Sie könnten dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so zustimmen.

Herr Gleß antwortete, dass die Stadt in engem Kontakt mit dem eigentlichen Fördergeber, der Bezirksregierung, stünde, um immer wieder auszuloten, welche Fördermöglichkeiten bestehen würden. Diese hätte man für das Jugendzentrum, das Rhein-Sieg-Gymnasium usw. schon immer sehr frühzeitig abgeklärt. Die Bezirksregierung hätte der Stadt immer wieder gesagt, stellt ein IHK auf, denn so kommt ihr mit euren kleinteiligen Maßnahmen in den integralen Gesamtzusammenhang rein, und weist so nach, dass ihr eine nachhaltige Verbesserung für die Stadt erzielt. Deswegen wäre es angedacht gewesen noch im Laufe des Monats mit der Bezirksregierung abzuklären, welchen Erfolg es hätte, wenn dieses Großspielfeld mit dem IHK auf den Weg gebracht würde. Wenn die Bezirksregierung für das Großspielfeld eine Förderung in Aussicht stelle, ohne dass dadurch andere Förderbestandteile wie das Jugendzentrum o.ä. darunter zu leiden hätten, was ihm ja sehr wichtig wäre, dann stelle sich natürlich die Frage, aus welchen Fördertöpfen das generiert würde. Das hätte er bei der Bezirksregierung in Erfahrung bringen wollen, um dann bevor der Ausschuss über den Grundförderantrag beschließen würde, dem Ausschuss diese Information geben zu können. Grundsätzlich informierte Herr Gleß zu dem IHK, dass es gedacht wäre zum September 2015 den Grundförderantrag zu stellen. Um diesen Grundförderantrag stellen zu können, müssten sie über Planungen verfügen, um aufgrund dieser Planungen Kosten der einzelnen geplanten Maßnahmen im IHK ermitteln zu können. Dafür müssten sie Planungen ausschreiben. Planungen, die es ihnen ermöglichen würden einen Kostenrahmen für den Grundförderantrag zu ermitteln. Deswegen wäre diese Sitzungsvorlage erstellt worden.

Wenn die Bezirksregierung diesem Grundförderantrag zustimmen würde, dann würden im Laufe der Folgejahre die Details der einzelnen Maßnahmen in diesem Ausschuss zur Erstellung der einzelnen konkreten Förderanträge beraten und beschlossen werden müssen.

Herr Kalscheuer von der DSK bestätigte dann noch mal, dass sie derzeit für das Großspielfeld keinen Zugang aus der Städtebauförderung sehen würden. Es gäbe aber die Sportstättenförderung, deren Förderkonditionen noch mit dem Fördergeber zu besprechen wären. Es wäre wichtig, das Thema Großspielfeld insgesamt mit in das IHK aufzunehmen. In das IHK sollte alles das rein, was sich die nächsten 10 Jahre hier im

Zentrum bewege. Es wäre wichtig den Gesamtrahmen abzubilden und auch kostenmäßig zu erfassen. Welche Maßnahme dann konkret in welchem Jahr mit welchen Mitteln umgesetzt würde, dass würde der Ausschuss dann zu gegebener Zeit noch entscheiden. Es wäre natürlich nicht vorgesehen komplett intakte Bereiche der Bodenbeläge auszutauschen, um eine Einheitlichkeit herzustellen. Ein Ziel der Planungswerkstatt wäre gewesen, Möglichkeiten aufzuzeigen über welche Elemente eine Einheitlichkeit hergestellt werden könnte. Das wären zum Beispiel die Bodenbeläge, aber auch über die Pflanzung von wiedererkennbaren Bäumen könne eine Einheitlichkeit hergestellt werden. Es würden aber keine intakten Beläge oder auch intakte Bäume der Einheitlichkeit wegen ausgetauscht werden.

Herr Kalscheuer erläuterte dann noch mal kurz die Kostenübersicht auf Seite 136.

Der Vorsitzende fragte nach, um welche Größenordnung es bei der genannten Sportstättenförderung gehen würde. Herr Kalscheuer antwortete darauf, dass es leider noch nicht möglich gewesen wäre dies zu ermitteln. Spätestens im Abschlussbericht zum IHK würden dem Ausschuss alle Kosten in einer gesamten Kosten- und Finanzierungsübersicht vorgelegt werden und dann könnte der Ausschuss darüber beschließen.

Herr Koculan von der Fraktion DIE LINKEN sagte, dass seine Fraktion auch die Maßnahmenvorschläge im IHK begrüßen würde. Die energetische Gebäudesanierung würde befürwortet. Die Stadt wäre aber sozusagen pleite und hätte nicht viel Geld. Sie würden in der Zukunft massive Kürzungen im sozialen bzw. freiwilligen Bereich befürchten. Deswegen würde er den Vorschlag der SPD-Fraktion unterstützen.

Frau Jung sagte, dass die von Frau Feld-Wielpütz zuvor angesprochene Planung der Kunstrasenplätze schon einige Jahre her wäre und damals ihres Wissens von drei Kunstrasenplätzen die Rede gewesen wäre. Inzwischen hätten sie in Hangelar, in Menden und in Niederpleis Kunstrasenplätze. In Birlinghoven und in Buisdorf wären Hybridrasenplätze in der Planung. Sie glaube nicht, dass es für die Vereine etwas verschlagen würde, wenn das Großspielfeld aus dem Projekt IHK herausgenommen würde, denn die Stadt wäre im Haushaltssicherungskonzept und sie würde daher ungerne irgendwelche Erwartungen bei den Sportlern wecken. Sie müssten die Sportstättenentwicklung in Sankt Augustin insgesamt sehen und nicht nur die Kunstrasenplätze von denen wir schon vier Stück in Sankt Augustin hätten. Obwohl sie dem Sport und insbesondere dem Fußball sehr verbunden wäre. Sie glaube es sei ein falsches Signal. Diese Fläche wäre für ein Großspielfeld vorgehalten. Es wäre törisch sie mit einem Kleinspielfeld zu bebauen, weil dann an dieser Stelle kein Großspielfeld mehr möglich wäre. Frau Jung fragte Herrn Kalscheuer dann, ob er ihr annähernd die Förderquote der Sportstättenförderung nennen könnte. Herr Kalscheuer antwortete dazu, dass er darüber derzeit nur spekulieren könnte.

Herr Günther fragte was unter dem Begriff Sportpauschale zu verstehen sei. Ob das eine pauschale und keine prozentuale Förderung an die Kommune für den gesamten Sport wäre. Ob das so zu verstehen wäre, wenn diese Pauschale für dieses Großspielfeld verwendet würde, dann ginge das zu Lasten der gesamten Sportlandschaft in Sankt Augustin.

Herr Kalscheuer antwortete dazu, dass er noch keine seriöse Antwort dazu geben

könnte. Er selber habe noch keine Erfahrungen damit und es wäre auch ein relativ frisches Thema das Großspielfeld mit in das IHK aufzunehmen. Sie müssten das mit der Verwaltung zusammen recherchieren. Belastbare Aussagen dazu würde er zur nächsten Sitzung oder zum Protokoll nachliefern.

Herr Günther von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, er wolle nochmal an den Ursprung des IHK erinnern. Er hätte ja mal die Frage gestellt, ob das IHK jetzt eine Konkretisierung der Projekte aus dem Masterplan wäre, woraufhin ihm gesagt worden wäre, nein das IHK beziehe sich auf die Freiräume. Das IHK hätte also ursprünglich ein Mittel sein sollen, um diese Freiräume zwischen den einzelnen Baumaßnahmen, also den öffentlichen Raum zu gestalten. Jetzt wären aber unabhängig von dem öffentlichen Raum zusätzliche Dinge, das Jugendzentrum, die Sanierung des Rathauses und des RSG, die sie auch durchaus unter dem Aspekt energetische Sanierung nachvollziehen könnten, reingekommen. Ganz anders wäre das allerdings mit dem Großspielfeld. Denn dieses hätte weder etwas mit energetischer Gebäudesanierung noch mit der Gestaltung öffentlichen Raumes als Verbindungselement zwischen einzelnen Planungen zu tun. Das wäre also ein ganz fremdes Element, was bei ihnen etwas den Verdacht erwecke, in das IHK würde jetzt alles gepackt, was man in der Haushaltslage noch versuchen würde durchzubringen. Das wäre seiner Meinung nach nicht die Grundidee des IHK gewesen. Insgesamt möchte er nochmal auf die anspruchsvolle Terminkette hinweisen, daher möchte er schon Anfang August die Unterlagen zum IHK in die Fraktionen bekommen, um die bis zur nächsten ZentrumsA am 01.09.2015 beraten zu können.

Herr Gleß antwortete dazu, er habe deshalb zuvor die Systematik erklärt, wie das zu verstehen wäre mit dem Grundförderantrag und den Beschlüssen, die der ZentrumsA nach der Förderzusage noch zu fassen habe, wenn sie ins Detail gingen. Der Ausschuss müsse jede konkrete Ausschreibung beschließen und würde laufend und permanent beteiligt. Er müsse erstmal die Möglichkeit bekommen überhaupt einen Grundförderantrag stellen zu können. Das wäre sein Problem. Dazu müsse er eine Planung ausschreiben. Dabei müsse auch noch die Frage geklärt werden, ob europaweit ausgeschrieben werden müsse.

Nach vorliegender Planung werde er die Fraktionen natürlich sobald wie möglich darüber informieren. Mit einem Beschluss über das was an die Bezirksregierung gestellt würde, wäre noch nicht gesagt, dass auch genau so ausgebaut würde.

Er habe auch immer gesagt, ja das IHK betreffe die öffentlichen Räume aber auch die öffentlichen Gebäude und vor allen Dingen die Verfung der unterschiedlichen Baugrundstücke im Zentrum, der öffentliche Raum, der Verkehrsraum, der Straßenraum, die Grünzüge usw. Sie glaubten Möglichkeiten gefunden zu haben sich Dinge richtigerweise fördern zu lassen, die sie ansonsten aus eigenen haushälterischen Mitteln hätten finanzieren müssen. Soziale Stadt und IHK das wären derzeit in NRW die Fördermöglichkeiten und sie würden natürlich versuchen zum Wohle der Stadt da möglichst viel rauszuholen. Er würde versuchen Möglichkeiten darzustellen, wie die Stadt sich das ein oder andere fördern lassen könnte. Die Fragen der prozentualen Förderung hätten er und Herr Kalscheuer mit dem Fördergeber absprechen wollen. Aber das IHK sollte nicht daran gemessen werden. Das wäre viel zu schade, denn die übrigen 90 Prozent die im IHK ständen, diese vielen Dinge, die alle Fraktionen als gut erachtet hätten, würden jetzt unter der Frage, Großspielfeld ja oder nein, leiden. Herr Gleß machte daher den Vorschlag das Großspielfeld aus dem IHK rauszunehmen. Er

werde trotzdem im Gespräch mit dem Fördergeber das Thema ansprechen und fragen welche Möglichkeiten der Fördergeber sehe. Dieses Ergebnis werde er den Fraktionen schriftlich mitteilen. Er möchte trotzdem nochmal darauf aufmerksam machen, dass wenn die Planung vorläge nicht mehr viel Zeit für intensive Diskussionen bliebe. Deswegen habe er den ZentrumsA immer über den aktuellen Stand des IHK informiert.

Herr Dr. Frank sagte, er stimme Frau Feld-Wielpütz zu, dass man in der Vorplanungsphase möglichst viel mit ins IHK nehmen sollte, was in Betracht kommen könnte. Insofern würde über den Rahmen dieser Maßnahmenvorschläge gesprochen. Was in Frage käme sollte man aufnehmen, aber was auf den ersten Blick völlig unrealistisch ist, das sollte man nicht aufnehmen, weil das nur Arbeitsbelastung mit sich bringe. Es wäre eigentlich egal, in welcher Höhe die Förderung für das Großspielfeld wäre, es bliebe in jedem Fall ein Betrag von mehreren Hunderttausend Euro bei der Stadt hängen, zu der die Stadt realistischer Weise in den nächsten 10, 20 Jahren nicht in der Lage wäre ihn aufzubringen. Ihnen wäre es ganz wichtig, dass es im IHK nicht nur um die Sanierung städtischer Gebäude ginge, sondern auch um eine Vielzahl kleinteiliger Maßnahmen zur Aufwertung öffentlicher Räume. Es wäre ihnen unheimlich wichtig, dass beide Bereiche im IHK Berücksichtigung fänden. Aber es sollte das herausgenommen werden, was ihnen im Moment nur Ballast wäre, das Großspielfeld. Bleibe die Wiese wie sie sei und wenn sich irgendwann mal die Möglichkeit ergäbe, dass man finanziell wieder besser stünde, würde er nicht glauben, aber dann baue man dann das Großspielfeld. Solange sollten die Speerwerfer, Hammerwerfer etc. dort trainieren.

Frau Feld-Wielpütz fand es bemerkenswert, wie sich Herr Dr. Frank widerspräche. Er würde einfach sagen, das wäre Ballast für die Stadt ohne jegliche Begründung. Herr Gleß habe soeben ausgeführt, dass es nur darum gehe in die Fördermittelakquise zu gehen. Er spräche von Ballast, was in der Kürze der Zeit nicht mehr zu schaffen sei. Sie habe gesagt, dass bereits fertige Planungen für das Großspielfeld vorlägen und daher dafür keine großen Personalkapazitäten der Stadt mehr benötigt würden.

Ein weiterer Punkt dazu wäre, dass der ZentrumsA die Verpflichtung hätte zu eruieren, welches die besten Maßnahmen zur Verbesserung des Zentrums wären. Sie hätten gerade eine, aus ihrer Sicht, sehr gute Erweiterungsmaßnahme der Hochschule präsentiert bekommen. Sie bekämen ein neues Zentrum und hätten eine Sportanlage, die an dieser Stelle nicht auskömmlich wäre. Man würde Ihnen jetzt die Chance offerieren, die Verwaltung zu beauftragen zu eruieren, welche Fördermöglichkeiten es hier gebe. Diese Chance würde hier schon im frühesten Stadion mit einem extra formulierten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion abgelehnt. Wie wolle die SPD-Fraktion das ihren Sportlern gegenüber erklären. Sie könnte nicht verstehen, wie sie die Eruierung der Möglichkeiten direkt ablehnen könnten. Im letzten KulturA, in dem sie zu Gast gewesen wäre, hätte die Fachverwaltung die Notwendigkeit dieses Großspielfeldes nochmal bestätigt. Ihr hätte das gereicht um zu sagen, als sie diese Sitzungsvorlage gesehen hätte, super Verwaltung, nochmal vielen Dank. Das wäre das Verfahren, sie würden Bürger beteiligen, Bürger hätten Ideen und ihre Aufgabe wäre es, sich damit zu beschäftigen. Wenn die Zeit dann knapp würde, müssten Sondersitzungen oder ähnliches gemacht werden. Da wären sie doch kreativ. Sie könnte nicht verstehen, wie man dann hier im Ausschuss sagen würde, das machen wir nicht.

Für die CDU-Fraktion möchte sie um eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung bitten,

wenn es bei diesem Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion bliebe. Sie bat dann auch jetzt schon mal den Vorsitzenden einen Beschlussvorschlag zu formulieren, der es der CDU-Fraktion ermögliche dem IHK zuzustimmen und gegen den Passus der SPD-Fraktion zu stimmen.

Der Vorsitzende bat, wenn über den von Herrn Dr. Frank begründeten Antrag der SPD-Fraktion diskutiert würde und gleichzeitig entschieden werden müsste, ob über diesen Antrag abgestimmt würde oder Änderungen vorgenommen würden, dann bitte er, die entsprechenden Änderungsanträge auch zu stellen, damit allen bekannt wäre worüber diskutiert und abgestimmt würde.

Frau Jung sagte, dass sie doch etwas erstaunt wäre, dass gerade diese Fraktion, die immer alles in die Fachausschüsse verwiesen und diskutiert haben möchte, jetzt hier ohne, dass das Sportentwicklungskonzept fortgeschrieben worden wäre und Ergebnisse vorlägen, so massiv etwas beschließen wolle. Sie habe kein Problem damit, wenn Herr Gleß sagen würde, dass er das Großspielfeld vorläufig rausnehmen würde und er dann die Fördermöglichkeiten prüfen würde. Die Fördermöglichkeit hieße aber noch lange nicht, dass dieses Großspielfeld mit finanziellen Mitteln der Stadt Sankt Augustin zu realisieren wäre. Sie wolle auch nicht der sportpolitischen Beratung im KulturA vorgreifen, in dem ein integriertes Konzept für die städtischen Sportstätten noch zu präsentieren wäre. Denn in den letzten 15 Jahren hätte sich da einiges verändert. Mit dem ÖPP-Konzept hätte die Stadt ja große Pläne gehabt, die sich aus haushalterischen Gründen nicht hätten realisieren lassen.

Frau Jung machte den Vorschlag „vorläufig“ vor „aus dem Maßnahmenkatalog herausgenommen“ einzufügen. Damit müsse ihrer Meinung nach jedem Rechnung getragen sein.

Der Vorsitzende wiederholte den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Das Großspielfeld im Zentrum, welches keine Maßnahme des Bestandserhalts darstellt, wird vorläufig aus dem Maßnahmenkatalog herausgenommen.

Herr Dr. Frank bestätigte, dass diese Änderung von der antragstellenden Fraktion übernommen würde.

Frau Feld-Wielpütz fragte zur Klarstellung, ob die Verwaltung mit diesem Zusatz, dann trotzdem tätig würde und legitimiert wäre in die Fördermittelakquise einzusteigen.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass der Beschluss aussagen würde, das Großspielfeld vorläufig herauszunehmen. Aber er denke, dass sie trotzdem die Verwaltung beauftragen könnten evtl. Fördermöglichkeiten abzufragen und dem Ausschuss zu berichten.

Herr Quast von der SPD-Fraktion fragte zum Verständnis, Frau Feld-Wielpütz hätte gesagt, es lägen konkrete Planungen vor aber in der Sitzungsvorlage stünde, konkrete Planungen liegen nicht vor. Das wäre für ihn ein Widerspruch, den er gerne aufgeklärt hätte.

Er sagte, es würde sich sehr wohl etwas ändern, wenn sie etwas herausnehmen, denn mit dem letzten Satz des Beschlussvorschlages erteile der Ausschuss der Verwaltung

den Auftrag Kosten durch die Beauftragung einer Entwurfsplanung auszulösen. Es wäre nicht nur ein Auftrag mit dem Fördergeber zu sprechen. Das könnte die Verwaltung als laufendes Geschäft ohnehin immer machen.

Frau Feld-Wielpütz antwortete dazu, dass der KulturA in seiner 7. Sitzung am 15.05.2002 einstimmig beschlossen habe, die Verwaltung zu beauftragen in die Planung der Sportanlage eine Alternative mit 2 Kunstrasenplätzen mit einzubeziehen und die dazugehörigen Kosten aufzustellen, damit der zuständige Ausschuss mit den Alternativen eine Entscheidung treffen könne. Sie ginge daher davon aus, dass das erfolgt wäre. Frau Feld-Wielpütz zitierte den damaligen Beschluss aus der entsprechenden Niederschrift.

Sie hätte auch alle Protokolle mitgebracht und würde diese gerne in der Sitzungsunterbrechung zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

Herr Günther fragte nochmal nach, inwieweit die einzelnen Projektbausteine nach Stellung des Grundförderantrages noch veränderbar wären. Er zitierte hierzu die Protokollierung der Antwort auf diese Frage in der letzten ZentrumsA und meinte dies wäre eine recht schwammige Aussage, die aber auch beinhalten würde, dass man diese Auflistung im Grundförderantrag nur noch sehr schwer ändern könne. So würde er das lesen.

Herr Gleß antwortete dazu, dass es Probleme gäbe, wenn man zum Beispiel für den Neubau einer Straße, der nie Gegenstand des Grundförderantrages gewesen wäre, dann doch über das IHK Fördermittel beantragen wolle. Im umgekehrten Falle wäre es aber deutlich leichter nach der Grundförderantragstellung wieder etwas aus dem IHK herauszunehmen, wenn dies gut begründbar wäre. So funktioniere das Förderwesen. Klar wäre, dass der Grundtenor, ein IHK zur Aufwertung der öffentlichen Räume und öffentlichen Gebäude, eingehalten werden müsse. Nach der Grundförderantragstellung hätten sie aber immer noch genügend Spielräume, die sie benötigen würden, um dem Zentrum die gestalterische Handschrift zu geben.

Frau Feld-Wielpütz sagte, dass sie nochmal deutlich machen möchte, es gehe ihr nicht darum das Großspielfeld zu beschließen und damit eine Belastung des städtischen Haushaltes in Kauf zu nehmen. An keiner Stelle. Sie wünschten sich eine Tür zu öffnen, in eine Fördermittelakquise zu gehen auch evtl. bei anderen Interessenten, die Hochschule hätte sich z.B. seinerzeit auch schon an dieser Sportanlage beteiligt, so wie andere auch. Für die CDU-Fraktion wäre es aber klar, dass es nicht zu einer Belastung des städtischen Haushaltes kommen sollte. Deswegen ihre Bitte an die übrigen Fraktionen in der Sitzungsunterbrechung noch mal darüber nachzudenken.

Sitzungsunterbrechung von 19.55 Uhr bis 20.10 Uhr.

Der Vorsitzende liest nach der Sitzungsunterbrechung noch mal den Änderungsantrag zum Änderungsantrag vor.

Herr Dr. Frank sagte dazu, dass sie eigentlich an dem von ihnen verteilten Beschlussvorschlag festhalten möchten. Unter dem Gesichtspunkt, dass es auf die Frage, ob Förderung überhaupt oder in welcher Höhe, nicht ankäme, da in jedem Fall der Eigenanteil der Stadt so hoch sei, dass er als nicht tragbar erscheine. Um aber die

Sache gemeinsam beschlussfähig zu machen, wären sie bereit auf den Kompromissvorschlag von Frau Jung, das Wort „vorläufig“ einzufügen, einzugehen. Damit wäre das Großspielfeld momentan vom Tisch, aber die Tür wäre nicht komplett zugeschlagen.

Frau Feld-Wielpütz fragte nach, was das konkret für die Verwaltung bedeuten solle. Das wäre ja dann so, dass die Verwaltung bezüglich des Großspielfeldes nicht tätig werden könne. Die andere Alternative, der Vorschlag der Verwaltung wäre ja gewesen, dass Großspielfeld ganz rauszunehmen und die Verwaltung würde separat versuchen in die Fördermittelakquise zu gehen. Mit dem vorläufig würden sie doch genau wissen, dass sie da nie mehr dran kämen. Die würde selbstverständlich Frau Jung und Herrn Dr. Frank für den Kompromissvorschlag danken. Sie hätte aber die Sorge, dass sie wegen des sehr engen Zeitfensters dann überhaupt nichts erreichen und meine daher, ob es nicht besser wäre, die Verwaltung würde unabhängig von der Sitzungsvorlage in die Fördermittelakquise gehen.

Frau Jung sagte dazu, Herr Gleß hätte zuvor gesagt, dass bezüglich der Fördermöglichkeiten des Großspielfeldes noch keine Gespräche mit dem Fördergeber geführt worden wären. Dieser Vorschlag „vorläufig“ wäre ein Angebot an die CDU-Fraktion, aber auch an die Verwaltung und an sie alle, dass man keine Möglichkeit ungeprüft an sich vorbeiziehen lasse. Sie möchte dann gerne alle Zahlen auf dem Tisch haben und wissen was es kosten würde und wo welche Fördermittel in welcher Höhe beantragt werden könnten. Herr Gleß hätte eben zugesagt, dieses mit der Bezirksregierung zu besprechen. Sie würde dann auch noch erwarten, dass die Verwaltung vielleicht in der Juni Ratssitzung eine kurze Mitteilung dazu machen würde.

Der Vorsitzende fasste zur Klarstellung nochmal zusammen, der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion könnte mit dem Zusatz „vorläufig“ so bleiben.

Parallel dazu solle die Verwaltung prüfen, ob Gelder für ein Großspielfeld akquiriert werden können und darüber solle die Verwaltung dann berichten.

Herr Dr. Frank sagte, sie würden nicht wollen, dass die Verwaltung beauftragt würde in die Entwurfsplanung einzusteigen und Planungen an ein Architekturbüro zu vergeben, denn die Planung müsse nach ihrer Kenntnis sehr wahrscheinlich fast neu erstellt werden. Diese Planungskosten würden sie in jedem Fall vermeiden wollen. Es wäre aber überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn die Verwaltung im Rahmen der laufenden Verwaltung mit der Bezirksregierung abklären würde, ob und in welcher Höhe Fördermittel für dieses Großspielfeld möglich wären. Wenn die Bezirksregierung dann eine 99,9% Förderung in Aussicht stellen würde, dann wäre das für sie ein Anlass nochmal neu darüber nachzudenken. Diese Fördermittelakquise wäre aber der Verwaltung selbst überlassen. Er würde die Verwaltung nicht beauftragen wollen das gezielt zu machen. Alles was Kosten und Arbeitskraft in der Verwaltung verursachen würde, würden sie in Bezug auf das Großspielfeld nicht verursachen wollen. Das würde „vorläufig“ bedeuten. Sie hätten das Großspielfeld im Augenblick raus, aber sie würden die Tür nicht ganz zuschlagen.

Frau Feld-Wielpütz bedankte sich bei Frau Jung und Herrn Dr. Frank und bittet, dass genau so der Beschluss gefasst würde wie Frau Jung und Herr Dr. Frank das zuvor

ausgeführt hätten. Die Verwaltung würde beauftragt ohne das Kosten entstehen.

Herr Weber schlug vor, den Beschluss dahingehend zu ergänzen „...wird vorläufig aus dem Maßnahmenkatalog herausgenommen, gleichwohl wird die Verwaltung beauftragt kostenneutral zu eruieren ob das Großspielfeld ebenfalls förderfähig ist“. Er meine diese Ergänzung müsse in diesen Beschluss mit hinein.

Herr Dr. Frank sagte, dass er dafür keine Notwendigkeit sehe. Aber er glaube, dass es seinem Petito entspräche, wenn im Protokoll aufgenommen würde, dass die Verwaltung zusage, die Frage der Förderfähigkeit des Großspielfeldes bei der Bezirksregierung zu prüfen und dem Ausschuss über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Herr Weber sagte dazu, dass ihm das nicht ausreiche, weil die Verwaltung beauftragt werden müsse, dass sie bei der Bezirksregierung eruiert, ob diese 900.000 € für das Großspielfeld auch förderungsfähig wären. Alleine die Zusage der Verwaltung würde nicht ausreichen.

Herr Günther sagte, den von Herrn Weber formulierten Auftrag für diesen einen Punkt müsse die Verwaltung für alle übrigen Punkte sowieso machen. Deswegen wäre es für ihn nicht ersichtlich, warum für diesen Punkt ein extra Auftrag erteilt werden solle.

Herr Dr. Frank wendete dazu ein, dass er mehrmals deutlich gemacht habe, dass die Förderfähigkeit nicht das Entscheidungskriterium für sie wäre, denn auch bei einer Förderung würde auf die Stadt ein nicht tragbarer Eigenanteil zukommen. Wenn sie diese gesonderte Beauftragung mit in den Beschlussvorschlag aufnehmen würden, dann würden sie damit signalisieren, dass sie die Entscheidung Großspielfeld zu bauen oder nicht auch von der Förderfähigkeit abhängig machen würden. Und genau das täten sie nach ihrem gegenwärtigen Wissensstand nicht. Das „vorläufig“ würde nur bedeuten, wenn sich die Bedingungen ändern sollten, dass man dann wieder in die Diskussion einsteigen könnte. Sie würden an ihrem Beschlussvorschlag festhalten.

Frau Feld-Wielpütz fragte noch die Verwaltung zum Verständnis, wenn der ZentrumsA diesen Beschluss so fassen würde mit den Ergänzungen dazu in der Niederschrift, ob die Verwaltung dann problemlos in die Fördermittelakquise gehen könne.

Herr Gleß antwortete dazu, wenn er zusagen würde, bei der Bezirksregierung die Förderfähigkeit abzuklären, dann täte er das. Er benötige um zu arbeiten keinen separaten Auftrag.

Herr Weber machte daraufhin den Vorschlag, „die Verwaltung wird beauftragt“ dahingehend zu ändern in „die Verwaltung wird gebeten“. Der Wille des Ausschusses müsse hier zum Ausdruck kommen.

Frau Jung meinte dazu, sie müsste Herrn Gleß nicht beauftragen, wenn er bereits zugesagt habe, das zu tun.

Frau Feld-Wielpütz liest noch mal den neuen Beschlussvorschlag vor und bittet die antragstellende Fraktion die Formulierung nochmal kritisch zu überprüfen.

Herr Dr. Frank antwortete dazu, dass im Grundsatz hieße, dass der große Rahmen des IHK akzeptiert würde.

Frau Feld-Wielpütz sagte dazu, es wäre Ihnen von der Argumentation auch sehr recht zu sagen, dass die SPD-Fraktion dem IHK vom Grundsatz her zustimmen würde und nur Probleme mit den Planungskosten hätte, deshalb hätten sie „vorläufig“ als Vorschlag von der Frau Jung mit in den Beschluss hereingenommen, würden aber trotzdem in die Mittelakquise für das Großspielfeld gehen. Wenn die SPD-Fraktion dies so bejahen würde, dann würde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Dr. Frank bestätigte dies nochmal.

Frau Jung sagte dazu, dass Herr Gleß vorgeschlagen habe, ein Gespräch mit der Bezirksregierung zu führen. Für die FDP-Fraktion würde das nicht heißen, dass die Verwaltung jetzt in die Fördermittelakquise für das Großspielfeld einsteigen würde.

Der Vorsitzende lässt dann über den geänderten Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion mit den entsprechenden Ergänzungen abstimmen.